

brikation beim Gaolon-Hafen. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 25.5.01; XNA, 28.5.01) -ljk-

43 Banken senken Zinsrate

Die Banken in Macau haben als Folge der jüngsten Entscheidung der amerikanischen Zentralbank, den Zinssatz zum fünften Mal herabzusetzen, am 21. Mai den Zinssatz um 0,5% gesenkt. Dies ist der niedrigste Stand seit 1994. Die Kalkulierung des Satzes durch die Banken in Macau – wie auch in Hongkong – ist eng mit der amerikanischen Banken verknüpft. Der Zinssatz für die Pataca-Einlagen in Macaus Banken ist nach den fünf aufeinander folgenden Senkungen in diesem Jahr auf 2% gefallen. Ökonomen zufolge wird der niedrigere Zinssatz die Betriebskosten örtlicher Unternehmen und ganz allgemein des Industrie- und Handelssektors verringern und es ihnen leichter machen, Gelder zu beschaffen. Macaus Exporte würden dadurch angekurbelt, was der Wiederbelebung der Wirtschaft diene. Wirtschafts- und Finanzsekretär Francis Tam sprach von einer „guten Nachricht“. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua sagte er, er sei „zuversichtlich“ hinsichtlich des positiven Wachstums der Wirtschaft Macaus trotz der Verlangsamung der Weltwirtschaft im Jahr 2001. Es werde eine verstärkte Nachfrage in den USA, Macaus größtem Exportmarkt geben. Macaus Exporte seien zwar im ersten Quartal dieses Jahres um fast 10% gefallen, so Tam, „die Situation wird sich aber im dritten und vierten Quartal verbessern“. Der niedrigere Zinssatz werde eine positive Rolle bei den Transaktionen von Liegenschaften spielen, da mehr Leute ihr Geld von der Bank abhoben und Häuser kauften. Nach Ansicht von Experten der Bankenvereinigung von Macau werden die Banken die Gelegenheit zur Entwicklung zinsloser Geschäfte wie Aktien und Wertpapiere nutzen, um das Einkommen zu vergrößern. Und viele Betriebe in der verarbeitenden Industrie, einer der wirtschaftlichen Säulen der SVRM, planten die Modernisierung ihrer Maschinen und Einrichtungen, indem sie vom niedrigeren Zinssatz profitierten. Die Herabsetzung des Zinssatzes würde je-

doch das Vertrauen der Verbraucher beeinflussen. Verkäufe im Einzelhandel würden weniger zur Erholung der Wirtschaft beitragen, meinen Ökonomen in Macau. Eine wirtschaftliche Belebung Macaus benötige die Koordinierung verschiedener Faktoren, von denen die Senkung des Zinssatzes nur einer sei. Die Regierung der SVRM müsse weiter die Wirtschaftsgesetze und -bestimmungen verbessern und die Kooperation mit den umliegenden Gebieten stärken, um mehr Investitionen anzulocken. Dank der Zunahme der Frachtexporte und des Booms in der Tourismusindustrie stieg Macaus Bruttoinlandsprodukt nach vier aufeinander folgenden Jahren des Negativwachstums im Jahr 2000 um 4,6% auf 49,8 Mrd. MPtc (6,2 Mrd. US\$). Die Devisenreserven wuchsen letztes Jahr zweistellig; Ende 2000 lagen sie mit 26,7 Mrd. MPtc (3,34 Mrd. US\$) um 16,7% höher als im Jahr zuvor. Die Regierung erzielte aus den Investitionen in ausländischer Währung einen Gewinn von 480 Mio. MPtc (60 Mio. US\$). Die Devisenwerte in den Banken nahmen im Vergleich zu 1999 um 21,7% zu; sie lagen Ende 2000 bei 43,8 Mrd. MPtc (5,48 Mrd. US\$). (XNA, 18./22.5.01) -ljk-

Taiwan

44 Justizminister strebt Abschaffung der Todesstrafe an

Justizminister Chen Ding-nan kündigte Mitte Mai überraschend an, innerhalb von drei Jahren die Todesstrafe abschaffen zu wollen und dieses Vorhaben zu einem der Hauptziele seiner Politik zu machen. Als Zwischenschritt sei die Anhebung von Zeitstrafen auf „vierzig, fünfzig oder sogar hundert Jahre“ denkbar. (CNAT, nach FBIS, 17.5.01)

Zwar war von Präsident Chen bekannt, dass er der Todesstrafe gegenüber kritisch eingestellt ist, Justizminister Chen galt allerdings bislang nicht als ihr Gegner. Er stieß mit seinem Reformplan sogleich auf Skepsis und Ablehnung. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch unter Juristen und Intellektuellen sowie im Parlament stel-

len die Befürworter der Todesstrafe nach wie vor Mehrheiten von über 70 bis nahe 90%. Auch Ministerpräsident Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) äußerte sich reserviert und betonte, eine entsprechende Gesetzesnovelle bedürfe der Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Minister Chen wird bis zu einer völligen Abschaffung der Todesstrafe noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten haben. Bei einzelnen Punkten sieht es anders aus. So akzeptierte das Parlament in erster Lesung bereits ein Gesetz, dass die Todesstrafe für eine Reihe von Vergehen nicht mehr wie bislang zwingend vorschreibt. (CNAT, nach BBC PF, 18.5.01; TT, 18.5.01) -hws-

45 Präsident Chen auf Lateinamerikareise – mit Zwischenstopp in New York

Am 21. Mai trat Präsident Chen Shui-bian in Begleitung einer fünfzigköpfigen Delegation eine sechzehntägige Lateinamerikareise an, die ihn zu den Verbündeten El Salvador, Guatemala, Panama, Paraguay und Honduras führen soll. Aufsehen erregender als die Reise selbst war allerdings die Tatsache, dass die neue amerikanische Regierung Chen einen zweitägigen Zwischenstopp in New York und dort wiederum Treffen mit Kongressabgeordneten gestattete. Unter der Clinton-Regierung hatte Chen für seine letzte Lateinamerikareise zwar ebenfalls ein Transitvisum erhalten, war aber von allen nennenswerten politischen Kontakten isoliert worden. (Vgl. C.a., 2000/8, Ü 37) Die Bush-Regierung signalisierte mit ihrer Entscheidung, auf chinesische Empfindlichkeiten weniger Rücksicht nehmen zu wollen als ihre Vorgängerin, und ignorierte entsprechend die heftigen Beijinger Proteste. Chen Shui-bian empfand die Erlaubnis, zwei Nächte in New York (und auf dem Rückweg Anfang Juni eine Nacht in Houston) verbringen zu dürfen als „diplomatischen Durchbruch“ für die Inselrepublik, erklärte aber auch, die Geste guten Willens dürfe nicht als Zeichen für einen grundlegenden Wandel in der US-Politik gegenüber China und Taiwan gewertet werden.

Chen nutzte den Aufenthalt zu einem Treffen mit 22 taiwanfreundlichen Kongressabgeordneten, mit dem

New Yorker Bürgermeister Giuliani und anderen amerikanischen Politikern sowie mit Landsleuten und gab seinem als privat deklarierten Transitaufenthalt damit eine dezidiert politische Note.

Die erste reguläre Station der Reise war San Salvador, wo Chen an einem Treffen der taiwanischen Handelskammern in Mittelamerika teilnahm und die Staatsoberhäupter bzw. Regierungschefs von acht verbündeten Nationen der Region traf. Auch eine Zusammenkunft des ihn begleitenden Wirtschaftsministers Lin Hsin-yi (Lin Xinyi) mit den Amtskollegen von fünf mittelamerikanischen Verbündeten trug hier zur Festigung von Taiwans politischer und wirtschaftlicher Stellung in Mittelamerika und der Karibik bei.

Mit dieser zweiten Lateinamerikareise innerhalb von zehn Monaten würdigt Chen Shui-bian die besondere Bedeutung, die den dortigen Verbündeten im beschränkten Rahmen seiner außenpolitischen Aktionsmöglichkeiten zukommt. Vor allem im Hinblick auf die beschlossene Einrichtung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone, die bis 2005 verwirklicht werden soll, eröffnen sich für Taiwan interessante neue Perspektiven. Um die kommenden Chancen nutzen zu können, strebt Taiwan an, mit seinen Verbündeten seinerseits Freihandelsabkommen zu schließen. (SCMP, 10.5.01; Kyodo News Service, Tokyo, nach BBC PF, 15.5.01; TH, 22.5.01; WSJ, 22.5.01; CNAT, nach FBIS, 25.5.01, nach BBC PF, 24.5., 26.5., 27.5.01) -hws-

46 Ein Jahr Chen Shui-bian-Regierung: gemischte Zwischenbilanz vor dem Hintergrund schlechter Wirtschaftsdaten

Am 20. Mai letzten Jahres traten Präsident Chen Shui-bian und seine Regierung ihre Posten an. Die hochgesteckten Erwartungen, die mit dem Ende der KMT-Ära verknüpft wurden, sind vielfach in Enttäuschung umgeschlagen. Vor allem die düsteren aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten haben das öffentliche Ansehen der Führungsmannschaft auf einen Tiefstwert gedrückt.

In mehreren Umfragen, die im Mai anlässlich des Jahrestags von Chens Amtsantritt durchgeführt wurden, erhielten er und seine Regierung schlechte Noten. Zwischen 42 und 50% der Befragten erklärten, sie seien mit den Leistungen der Regierung nicht zufrieden. Nur 34 bis 38% waren gegenteiliger Ansicht. Dabei erzielte Präsident Chen bessere Umfrageergebnisse als der Premierminister und sein Kabinett. Einer Erhebung der KMT-nahen Nationalstiftung für Politikforschung zufolge waren 42,9% der Befragten unzufrieden mit der Leistung von Ministerpräsident Chang und 39,4% mit der von Präsident Chen. In derselben Umfrage wurde der Wahlverlierer KMT hinsichtlich der Wirtschaftskompetenz, der Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich der Beziehungen zu China deutlich bessere Noten erteilt als der amtierenden Regierung. Diese schnitt lediglich in den Bereichen Sozialpolitik und Verwaltungseffizienz besser ab. In einer anderen ebenfalls von der KMT veranlassten Umfrage, äußerten sich 60% der Befragten pessimistisch hinsichtlich der Wirtschaftsperspektiven für die kommenden sechs Monate; nur 27,6% blickten optimistisch in die Zukunft. Die eigenen Lebensumstände wurden demgegenüber von 61,8% positiv bewertet. Am meisten Sorgen bereitet den Bürgern die steigende Erwerbslosigkeit. (TH, 6.5.01; CNAT, nach FBIS, 16.5.01) Einer Gallup-Umfrage von Ende April zufolge äußerten 51% der Befragten, sie hätten kein oder kaum Vertrauen, dass Präsident Chen innerhalb der nächsten drei Jahre eine Wiederbelebung der Wirtschaft zuwege bringen könne. (CNAT, nach FBIS, 5.5.01)

In zwei unabhängigen, von Universitäten durchgeführten Umfragen erhielten Wirtschaftsminister Lin Hsin-yi und Finanzminister Yen Ching-chang die schlechtesten Noten unter den Kabinettsmitgliedern: Auf einer Skala von 0 bis 10 erzielten sie lediglich einen Wert von 3,7. Am besten schnitten Justizminister Chen Ding-nan und Verteidigungsminister Wu Shih-wen mit 6,45 Punkten ab. 43,3% der Befragten halten die gegenwärtige Regierung für weniger fähig als die alte. Nur 19,2% waren gegenteiliger Ansicht. (CNAT, nach BBC PF, 19.5.01)

Die Sorgen um die Wirtschaftsentwicklung wurden gegen Ende des Monats unterstrichen durch neue Quartalszahlen. Demnach fiel das Wachstum in den ersten drei Monaten dieses Jahres auf 1,06% im Vergleich zum ersten Quartal 2000 – dies war der schlechteste Wert seit 26 Jahren. Die nationale Statistikbehörde revidierte die Prognose für 2001 auf 4,02% (Vorjahr: 5,98%). Bereits im März hatte die Erwerbslosigkeit mit knapp 4% den höchsten Stand seit 15 Jahren erreicht, und mit einem weiteren Anstieg auf über 4% wird gerechnet. (CNAT, nach FBIS, 25.5.01; NFA, 25.5.01; WSJ, 28.5.01)

Das zurückgehende Wirtschaftswachstum rührt vor allem von einem dramatischen Einbruch bei den Exporten her: -11,3% im April, bei Elektronik sogar -18%. Der noch stärkere Rückgang bei den Einfuhren – -13,5% im April – bezeugt die ebenfalls schwache Binnennachfrage. (WSJ, 9.5.01; TT, 9.5.01)

Die Außenhandelszahlen deuten freilich auch an, dass die Gründe für die momentane Wirtschaftsflaute – anders als die KMT-Opposition glauben machen möchte – nicht ausschließlich – und wohl nicht einmal in erster Linie – bei der Regierung zu suchen sind, sondern eher im internationalen Umfeld und hier wiederum im Nachfragerückgang im Hauptabnehmerland USA liegen.

Die Regierung scheint jedoch mittlerweile begriffen zu haben, dass die Krisenerscheinungen, ungeachtet kurzfristiger Konjunkturschwankungen, auch mit einem tief greifenden Strukturwandel zusammenhängen, dem sie bislang zu wenig Aufmerksamkeit widmete. Da die bisherige Hightech-Industrie, die in den letzten Jahren Taiwans Stärke ausmachte, ihre Produktion immer mehr ins Ausland – vor allem aufs chinesische Festland – verlagert und sich dieser Prozess mit dem avisierten Abbau diesbezüglicher Restriktionen noch beschleunigen wird, muss und will sie mehr Energie als bisher in eine Verbesserung des Investitionsumfeldes stecken. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die weitere Deregulierung, eine konsequentere Marktöffnung für ausländische Investoren und die Entflechtung von Staat und Wirtschaft.

Hierin wie in anderen Bereichen wird die Regierung noch auf längere Sicht das Erbe der KMT-Ära aufzuarbeiten haben. Ihren Kampf gegen die Korruption, den sie bereits vor einem Jahr aufgenommen hat, honoriert die Öffentlichkeit, wie die Umfrageergebnisse zeigen. Hierfür erhält die Regierung die höchsten Kompetenzwerte zugesprochen. Die bislang vernachlässigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden allerdings erst auf längere Sicht Erfolge zeitigen.

Aufs Haben-Konto kann die Regierung schon jetzt ihre Chinapolitik schreiben. Zwar wurden auch hier die zu hoch gespannten Erwartungen nicht eingelöst, gleichwohl aber konnte Präsident Chen im Verhältnis zum großen Nachbarn eine Entspannung erzielen, die für die weitere Wirtschaftsentwicklung ebenfalls gute Voraussetzungen schafft.

Insgesamt scheinen Präsident und Regierung in letzter Zeit aus ihren Fehlern in der Vergangenheit deutlicher als bisher Konsequenzen ziehen zu wollen. Dies betrifft vor allem zwei Kernbereiche:

1.) Chen Shui-bian ist mit seiner frommen Konzeption einer Regierung gescheitert, die über den Parteien schwebt und aus allen Fraktionen im Legislativ-Yuan (dem Parlament) Unterstützung erfährt. Vor allem nach dem Debakel mit der Anti-Atomkraftpolitik wurde die Notwendigkeit unübersehbar, die tatsächlichen Machtverhältnisse im Parlament zu berücksichtigen, wenn überhaupt etwas bewegt werden soll. Entsprechend plant Chen nun für die Zeit nach den Parlamentswahlen im Dezember die Bildung einer Koalitionsregierung. Bis dahin dürfte man sich bei der Gesetzgebung auf das beschränken, was in Absprache mit der nach wie vor dominierenden KMT machbar ist.

2.) Reformen in Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Investitionen zur Wirtschaftsbelebung genießen derzeit absolute Priorität bei der Regierungsarbeit. Hierbei sollen nicht nur vernachlässigte „Hausaufgaben“ in Sachen Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung erledigt, sondern auch zukunftsorientierte Entwicklungen unterstützt werden. Als neuen Schwerpunkt verkündete die Regierung im Mai die verstärkte Förde-

rung von Biotechnikforschung, für die in Zukunft Etatmittel von 5 Mrd. NT\$ (176 Mio. Euro) jährlich zur Verfügung gestellt werden sollen. An der Academia Sinica soll ein nationales Genforschungszentrum eingerichtet werden. (TH, 9.5.01; TT, 12.5.01)

Rasche messbare Erfolge dürfte die Regierung mit ihrem neuen Reformschub und ihrem verstärkten Realismus zwar nicht erzielen. Aber immerhin könnte es ihr gelingen, dass Taiwans Bürger wieder mit mehr Zuversicht in die Zukunft blicken. Damit könnten sich auch die derzeit schlechten Chancen verbessern, im Dezember bei den Wahlen zur Legislative besser abzuschneiden, als derzeit erwartet wird. In dem Fall hätten Präsident und Regierung ihre einjährige, fehlerbehaftete Lernphase gerade noch rechtzeitig beendet. -hws-

47 Erste Prognosen zu den Parlamentswahlen im Dezember – Bildung einer Koalitionsregierung angekündigt

Eine Ende März durchgeführte Gallup-Umfrage warf erstmals einiges Licht auf die Stimmung im Vorfeld der auf Anfang Dezember angesetzten Parlamentswahlen. Demnach herrscht gegenüber allen Parteien derzeit noch große Skepsis. Am besten steht zwar noch die Regierungspartei DPP da, mit lediglich 15,8% Zustimmung bleibt sie von ihrem eigentlichen Ziel, eine Mehrheit zu erzielen, einweilen jedoch noch weit entfernt. Die People First Party (PFP) unter James Soong sowie die Nationale Volkspartei KMT erzielten mit 10,8 bzw. 7,5% Zustimmung noch deutlich schlechtere Werte. Nur so viel scheint demnach sicher zu sein: Keine Partei wird eine Mehrzahl der Sitze erringen; die KMT, die bislang die absolute Mehrheit im Parlament stellt, wird ihre Blockadepolitik mangels Masse nicht fortführen können, und die Regierung wird sich mit einem Koalitionspartner zusammentun können und müssen.

Da die Zahl der unentschiedenen Wähler ein halbes Jahr vor dem Urnengang noch sehr hoch ist, ist ein anderes Umfrageergebnis interessanter: Demnach befürwortet fast die Hälfte der Befragten (47,6%) eine Allparteienkoalition aus DPP, KMT und mit

der aus KMT-Abtrünnigen entstandenen PFP. Eine DPP-KMT-Koalition fände mit 36,3% deutlich weniger Zustimmung. Über eine denkbare DPP-PFP-Koalition wurden keine Zahlen mitgeteilt.

Unterdessen wurde die zukünftige Koalitionsregierung bereits allgemeines Gesprächsthema. Präsident Chen erklärte in einer Fernsehansprache zum ersten Jahrestag seines Amtsantritts, nach den Wahlen eine solche Regierung bilden zu wollen, „um die Parlamentsreform zu erleichtern und politische Stabilität für die kommenden zweieinhalb Jahre zu gewährleisten.“ Taiwan beträte mit einer Koalition politisches Neuland. Hinsichtlich der Verfahrensweise und ob es sich überhaupt um eine Koalition zwischen Parteien bzw. Fraktionen handeln wird, herrschten im Mai denn auch noch sehr diffuse Vorstellungen und stark divergierende Ansichten. Gleichwohl überwiegt auch unter der Opposition inzwischen die Überzeugung, dass es nach den Wahlen zu entsprechenden Verhandlungen kommen wird. (CNAT, nach BBC PF, 18., 25.5.01; TT, 18., 21.5.01) -hws-

48 Zahl der Gastarbeiter soll reduziert werden

Wie im Mai bekannt gegeben wurde, erreichte die Zahl ausländischer Gastarbeiter in Taiwan im März mit knapp 330.000 einen neuen Rekordwert. Da gleichzeitig die Zahl der Erwerbslosen in Taiwan auf 380.000 anstieg und die Regierung unter dem Druck der Öffentlichkeit steht, mehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu tun, verstärkte der Rat für Arbeitsfragen – ein Gremium von Kabinettsrang –, nunmehr seine Bemühungen, die Zahl der Gastarbeiter zurückzudrängen, um einheimischen Arbeitssuchenden mehr Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz zu verschaffen. Bereits seit Ende August letzten Jahres sind erste diesbezügliche Regeln in Kraft. Demnach dürfen in größeren Produktionsbetrieben nur 30 Prozent der Arbeitsplätze mit ausländischen Arbeitskräften besetzt werden, zudem muss deren Zahl alle drei Jahre um 10 Prozent gesenkt werden. Auch für die Einstellung von ausländischen Haushalts- und Pflegehilfen gelten bereits erheb-

liche Beschränkungen. (Hong Kong AFP, nach FBIS, 7.5.01)

Nach Protestdemonstrationen am 1. Mai sagte die Regierung nun zu, dass die 54.000 Arbeitsplätze, die durch das 810 Mrd. NT\$ schwere Investitionsprogramm der Regierung entstehen sollen, bevorzugt inländischen Arbeitskräften angeboten werden. Die Vorsitzende des Rats für Arbeitsfragen, Chen Chu (Chen Ju), gab zudem bekannt, dass Firmen, die größere öffentliche Bauaufträge erhalten, keine Anträge auf Beschäftigung von Gastarbeitern stellen dürfen. (TH, 1.5., 2.5.01; CNAT, nach FBIS, 1.5.01; CNAT, nach BBC PF, 23.5.01)

Während diese Regeln den taiwanischen Beschäftigten im Bausektor, wo die Erwerbslosigkeit nahe 8% liegt, tatsächlich zugute kommen mögen, wurden erhebliche Zweifel laut, ob die generelle Reduzierung ausländischer Arbeitskräfte überhaupt im taiwanischen Interesse ist. Vor allem spielt hier eine Rolle, dass die Gastarbeiter, die größtenteils aus den Philippinen und aus Thailand kommen, schmutzige Arbeiten verrichten, für die Einheimische nicht zur Verfügung stehen, oder zu Niedriglöhnen arbeiten, die von Einheimischen nicht akzeptiert werden. Eine nachhaltige Reduzierung der Gastarbeiter könnte sich daher als kostspielig erweisen und in einigen Branchen die Wettbewerbsfähigkeit gefährden, warnten kritische Stimmen. (TH, 1.5., 3.5.01) -hws-